Mit Trillerpfeifen gegen den Männerstaat

5000 ungeduldige Frauen demonstrierten vor dem Bundeshaus—Die Mehrheit der organisierten Frauenwelt erklärt sich solidarisch, distanzierte sich aber von der Demonstration



(upi) «Wir stehen hier nicht als Bittende, sondern als Fordernde», erklärte am Samstagnachmittag Frl. Dr. Emilie Lieberherr vor rund 5000 Frauen, die sich vor dem Bundeshaus versammelt hatten, um gegen die vom Bundesrat beabsichtigte «Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention mit Vorbehalten» zu protestieren. Die Teilnehmerinnen am «Marsch nach Bern» forderten in einer Resolution «alle gutgesinnten Politiker und Stimmbürger» auf, das Frauenstimm- und -wahlrecht im Bund, in den Kantonen und in allen Gemeinden «so rasch als möglich» zu verwirklichen.

Bereits am Samstagmorgen hatten im Kursaal die der «Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Frauenverbände für die politischen Rechte der Frau» angeschlossenen Organisationen die gleichen Forderungen erhoben.

Mit Ausnahme der Zürcher und Basler Frauenstimmrechtsvereine nahmen diese Organisationen aus taktischen Gründen jedoch nicht offiziell am «Marsch nach Bern» teil. Die Möglichkeit, dass die extremistischen FBB-Frauen mitmarschieren könnten, hatte mehrere Organisationen vor einer offiziellen Teilnahme am «Marsch nach Bern» abgeschreckt. Durch das Fernbleiben dieser Gruppe konnte das Aktionskomitee «Marsch nach Bern» seine Protestkundgebung ungestört abhalten und im «leeren Bundeshaus» Bundeskanzler Karl Huber, dem einzigen anwesenden Offiziellen, die Resolution überreichen.

Vom Bundesrat enttäuscht

Die vor und während der Protestkundgebung verteilten Trillerpfeifen wurden «programmgemäss» eingesetzt: «Die Versammelten pfeifen alle Männer — inklusive den Bundesrat — aus, die daran schuld sind, dass wir heute, nach über 75 Jahren Kampf, immer noch nicht gleichberechtigt sind.»
In der Resolution wird ausserdem erklärt, die «Gleichstellung der Geschlechter» sei eine «wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte». «Sämtliche vorgeschlagenen Vorbehalte» stellten die «Glaubwürdigkeit unseres Landes als Rechtsstaat und Demokratie» in Frage.

Emilie Lieberherr erklärte, eine Unterzeichnung der Konvention mit Vorbehalten könne nur bedeuten, dass das «Frauenstimmrecht wieder auf Jahrzehnte hinausgeschoben» würde.

«Unser Vertrauen in den Bundesrat ist erschüttert», sagte sie. «Wir fordern das Parlament auf, die Menschenrechtskonvention erst zu unterzeichnen, wenn keine Vorbehalte mehr nötig sind.»
Neben offiziellen und traditionellen Frauenstimmrechtstransparenten wurden unter anderen auch folgende Transparente mitgetragen: «Pantoffelhelden rächen sich an der Urne», «Wer sich nach der Decke streckt, wird zum blossen Sex-Objekt» und «Der Geist weht, wo er will, in Helvetien steht er still». Mitglieder des «Forum Politicum», der «Berner antiautoritären Militanten (BAM)» und des antiautoritären Lagers in Zürich verkündeten über mitgebrachte Megaphone: «Befreite Frauen sind besser».

Man kann sich nach der Berner Demonstration einige Gedanken zur Verhältnismässigkeit solchen Tuns machen: Trägt eine derartige Demonstration nicht dazu bei, die Proportionen all jener Gründe, die zu einer Unterzeichnung der Menschenrechtskonventionen mit Vorbehalten führen, zu relativieren? Wird damit nicht der eigenen, legitimen Sache Schaden zugefügt? Vielleicht sind diese Fragen zu «sachlich»: den Frauen vor dem Bundeshaus ist ganz offensichtlich der Geduldsfaden gerissen. Sie demonstrierten im Grunde genommen nicht für ihre Postulate, sondern gaben mit ihrer Aktion ein Beispiel dafür, dass offenbar in Sachen Frauenstimmrecht Verständigungsschwierigkeiten vorliegen, dass mithin nur der Ausweg über das mehr oder weniger spektakuläre Demonstrieren offen zu stehen scheint. Insofern bleibt das Geschehen im Rahmen zeitgenössischer Erscheinungen; das Problem indessen wird — ohne dass es einer Lösung näher gerückt wurde — weiter bestehen.
h.

Information statt Parolen

Wie der Verband der Schweizerischen Studentenschaften die Kampagne gegen das ETH-Gesetz führen will

(ag/upi) Während auf dem Bundesplatz die Frauen ihrer Unzufriedenheit über die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention mit Vorbehalten Ausdruck gaben, setzten der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) in Bern die Arbeiten seines 49. Jahreskongresses fort. Nachdem der VSS am 16. Februar in Genf eine Stellungnahme zur Mitbestimmung verabschiedet hatte, standen namentlich das ETH-Gesetz, die Reform des VSS und die Revision des Stipendienwesens auf der Tagesordnung. Die Beratungen fanden in Abwesenheit der Genfer Studenten statt, da diese mit der Besetzung der Rektoratsräume «beschäftigt» waren.

Hauptgegenstand der Diskussion bildete das Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, das vom VSS entschieden abgelehnt wird.

Die Studenten werden insbesondere aufgefordert, Diskussionstage durchzuführen und sich in ihren Wohnkantonen zu Aktionsgruppen zusammenzuschliessen, welche die Bevölkerung über die lokalen Bildungsprobleme unterrichten sollen. Die Studenten werden ersucht, die öffentliche Meinung nicht wie eine Interessengruppe zu beeinflussen, sondern das Interesse und das Verständnis für die Hochschulfragen zu fördern, und auf diese Art eine Verwerfung des ETH-Gesetzes zu erzielen.

Die «einflussreichen Kräfte der öffentlichen Meinung» schliesslich werden ersucht, «auf Parolen und Diskussionen zu verzichten, die keinen Beitrag zur materiellen Arbeit für die Bildungsreform darstellen», und im Hinblick auf die Volksabstimmung am 1. Juni «alles an Information und sachlicher Auseinandersetzung» zu unternehmen.

Mit den beiden Soziologen Prof. Dr. Peter Atteslander und lic. rer. pol. Jörg Oetterli hat eine Arbeitsgruppe bereits mit einer Stipendiatenumfrage unter rund 3500 Stipendiaten begonnen, deren Resultat Ende Juni vorliegen soll. Auf Grund dieser Umfrage wird der VSS wahrscheinlich erneut die Frage aufwerfen, ob er für ein von den Vermögensverhältnissen der Eltern unabhängiges «Studentensalär» kämpfen soll.

Der VSS-Jahreskongress überwies u. a. eine Motion an den Vorstand, die ihn beauftragt, bis zur nächsten Generalversammlung abzuklären, «ob von studentischer Seite ein Interesse zur Einleitung einer Initiative zur Revision der Bundesverfassung im Hinblick auf die Einführung eines Zivildienstes vorhanden ist».

Politische Wissenschaft als Spiegel der Gesellschaft

Maurice Duverger beschreibt die Aufgabe einer wenig beachteten Wissenschaft

(ag) Die Rolle und das Ansehen der politischen Wissenschaft seien in den USA in ständigem Wachsen begriffen, während Europa auf diesem Gebiet unterentwickelt sei, stellte Professor Maurice Duverger am Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft in Genf fest.
Das wahre Problem sei jedoch nicht die Frage nach der Stärke oder Schwäche der politischen Wissenschaft in der heutigen Gesellschaft, sondern die Frage nach deren Nutzen. Er definierte ihre Rolle, die darin bestehe, zu oft geheim gehaltene Mechanismen im gouvernementalen Räderwerk aufzudecken und die Macht zu «entmystifizieren».

Werde dies auch von gewissen Leuten als subversive Tätigkeit gewertet, so sei sie dennoch unbedingt notwendig für eine gesunde Demokratie, da damit allein der Totalitarismus beizeiten demaskiert werden könne. Die politische Wissenschaft sei ein Mittel, mit dem die Gesellschaft gezwungen werde, sich selbst zu sehen.

Falsch angewandt, könne diese therapeutische «Behandlung» aber die Lage verschlimmern. Darin liege eine grosse Gefahr für unsere westlichen Gesellschaften. Die politische Wissenschaft lehne sich dort zu gern an die konservativen Aspekte der Politik an und nicht genügend an jene, die der Kritik unterworfen sind. Man könnte ihr vorwerfen, sich nicht ausreichend mit den Grundproblemen zu befassen, namentlich mit der Tendenz zum Totalitarismus, zu der alle Staaten neigten — marxistische und andere.

Abstimmungs- und Wahlergebnisse des Sonntags

Genf: Das Grand Casino wird gebaut

Die Stimmbürger der Stadt Genf sprachen sich bei einer Stimmbeteiligung von 25,69 Prozent mit 17 201 Ja gegen 7341 Nein für das Grand Casino aus, das eine Gesellschaft auf eigene Kosten für die Stadt Genf erstellen will. Das Projekt sieht einen Theatersaal mit 1100 Plätzen, eine Dancing-Bar, einen Spielsaal, Konferenzsäle für 50 bis 500 Personen, ein Hotel, vermietbare Studios und Büros sowie eine unterirdische Garage für 350 Autos vor.

Arosa: Frauenstimm- und Wahlrecht

Die Stimmberechtigten von Arosa haben am Sonntag mit 156 Ja gegen 129 Nein die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in Gemeindeangelegenheiten beschlossen.

Chur: Jakob Schutz neuer Regierungsrat

Bei einer Stimmbeteiligung von 55 Prozent und bei einem absoluten Mehr von 11 520 Stimmen haben die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden in der Regierungsratsersatzwahl den freisinnigen Kandidaten Jakob Schutz (Filisur) mit 12 378 Stimmen zum neuen Regierungsrat gewählt.

Wir müssen uns mit der Dritten Welt solidarisieren

In Zürich wurde die Schweizerische Nationalkommission «Iustitia et Pax» gegründet — Die katholische Kirche der Schweiz engagiert sich vermehrt in Entwicklungsfragen — Die ökumenische Bedeutung eines notwendigen Schrittes

(K) Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Schweizerischen Bischofskonferenz, Dr. Johannes Vonderach, fand in Zürich die Gründungsversammlung der Schweizerischen Nationalkommission «Iustitia et Pax» statt. Dieser Kommission kommt eine sehr grosse Bedeutung gerade auf dem Gebiet der ökumenischen Zusammenarbeit zu, ist sie doch Partner der beiden andern Landeskirchen zur Durchführung der interkonfessionellen Konferenz «Schweiz und Dritte Welt».
An der Tagung in Zürich sprach nach dem Begrüssungswort von Bischof Vonderach der Generalsekretär der päpstlichen Kommission «Iustitia et Pax», Mgr. Gremillion, der die allgemeinen Richtlinien dieser Kommission aufzeigte, auf den geschichtlichen Werdegang und das Programm einging und über die Zusammenarbeit mit dem Oekumenischen Rat der Kirchen referierte.

Die Arbeit wird koordiniert

Bischof Vonderach stellte die Bedeutung dieser Konstituierungsversammlung heraus:

Der katholischen Kirche der Schweiz wird es nun möglich sein, ihre besondere Verantwortung gegenüber der Dritten Welt noch tiefer zu erfassen und mit den Brüdern der andern schweizerischen Kirchen einen wertvollen Lösungsbeitrag zu leisten.

Die päpstliche Kommission «Iustitia et Pax» hatte bereits 1967 die Bischofskonferenz angeregt, eine Landeskommission zur bessern Verwirklichung der Postulate der Enzyklika «Populorum progressio» zu bilden. Diese Aufgabe unternahm die «Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe» (AGE), die 1968 als Dachorganisation der verschiedenen katholischen Institutionen, die auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe tätig sind, ins Leben gerufen wurde. Unter den Zwecken der AGE sind die Koordination der Entwicklungshilfearbeit der Katholiken, Zusammenarbeit mit andern Entwicklungsinstitutionen, die Bearbeitung von Entwicklungsprojekten zu nennen.

Eine Parallelentwicklung erfolgte bei den Protestanten und übrigen christlichen Denominationen. Man denke an die Weltkonferenz «Kirche und Gesellschaft» des Oekumenischen Rates der Kirchen, an die ökumenische Welthandelskonferenz von Beirut und, in der Schweiz, an die «Erklärung von Bern» (März 1968) des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes.

«Schweiz und Dritte Welt»

In der Folge schlug der Schweizerische Evangelische Kirchenbund der christkatholischen und der römisch-katholischen Kirche der Schweiz die Durchführung einer interkonfessionellen Konferenz «Schweiz und Dritte Welt» zur Wahrnehmung der heute notwendigen prophetischen Funktion der Kirche im Blick auf die Entwicklungshilfe vor. Auf dieser Konferenz sollen u. a. Gesellschaftswissenschaft, Politik, Verbände, internationale Organisationen, Kirche, Theologie, ökumenische Bewegung, Studentenschaft sowie Fachvertreter aus den Entwicklungsgebieten vertreten sein. Die Konferenz soll Empfehlungen zuhanden der Kirchen, der Oeffentlichkeit und der staatlichen Behörden ausarbeiten und konkrete Aktionsziele festsetzen. Als katholischer Aktionsträger wurde die genannte AGE bestimmt, die bis anhin die nötigen Kontakte hergestellt und die anfallende Vorarbeit geleistet hat.
Im katholischen Raum kann diese Arbeit nun durch die Nationalkommission von «Iustitia et Pax» auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Nationalkommission wird katholischer Träger bei der Verwirklichung der interkonfessionellen Konferenz.

Eine ihrer Aufgaben wird sein, die Gewissen wachzurütteln: ernsthafte Entwicklungspolitik ist ohne ernsthafte wirtschaftliche Folgen für die Schweiz undenkbar.

Die Kirche muss zur Opferbereitschaft aufrufen, denn die Gerechtigkeit in den internationalen Handelsbeziehungen erheischt wirtschaftliche Opfer. Die Schweiz muss mit der Dritten Welt solidarisch sein.
An der Versammlung in Zürich wurde deshalb eine aus acht Mitgliedern bestehende Kommission bestellt, deren Aufgabe es ist, Programm und Aufgaben von «Iustitia et Pax» konkreter herauszuarbeiten.

Nicht gerechtfertigt?

Der libanesische Informationsminister weist den Protest des Bundesrates zurück

(Reuter/ag) Der libanesische Informationsminister erklärte, der Protest des Bundesrates gegenüber dem Libanon wegen des Attentates auf eine El-Al-Maschine in Kloten sei nicht gerechtfertigt. Der Bundesrat hatte eine gleichlautende Protestnote auch Jordanien und Syrien übermittelt sowie sich gegenüber Israel dagegen verwahrt, dass ein israelischer Sicherheitsbeamter von seiner Schusswaffe Gebrauch gemacht und dadurch eine «verbotene Amtshandlung vorgenommen» habe.
Im Zusammenhang mit dem Attentat von Kloten war überdies zu vernehmen, dass die Familien der drei in Zürich inhaftierten Palästinenser den Verband der Anwaltskammern der arabischen Länder in Kairo konsultiert haben, der inzwischen einen Anwalt nach Zürich delegierte.

nielsen
Spezialist für Brillen+Contactlinsen
Zürich 1 Bleicherweg 5 (beim Paradeplatz)